

Kommunalwahl 2009: Dr. Franz-Georg Rips tritt an

Dr. Franz-Georg Rips wird auf der Mitgliederversammlung der SPD als Bewerber für das Amt des Bürgermeisters in Erfstadt kandidieren. Am vergangenen Freitag erklärte er in einer Pressekonferenz, dass er nach 15 Jahren intensiver Arbeit auf der politischen Bühne in Berlin in die Kommunalpolitik zurückkehren wolle. Der Vorstand der Erfstädter SPD wird ihn auf der Mitgliederversammlung der Erfstädter Sozialdemokraten am 4. Februar 2009 als Kandidaten für das Bürgermeisteramt vorschlagen. Rips erfülle alle Voraussetzungen, nicht nur die SPD einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen, sondern vor allem auch für einen erfolgreichen Neuanfang in der Stadt, begründete Parteivorsitzender Uwe Wegner das einstimmige Votum des Vorstandes für Dr. Franz-Georg Rips.

„Kommunalpolitik ist erlebbar, greifbar, fassbar, bürger- und menschnah“, erklärte Rips auf der Pressekonferenz. Ein Bürgermeister habe grundsätzlich die Möglichkeit, das Profil kommunalpolitischer Arbeit wesentlich mitzubestimmen. Diese Aufgabe reize ihn sehr. Als wichtigste Aufgabe sieht Rips den Abbau der Blockade im Rat. Der Rat müsse auch nach kontroverser Diskussion „konsensfähig und konsensbereit“ sein. Zur Sachorientierung gäbe es keine Alternative.

Die vollständige persönliche Erklärung von Dr. Franz-Georg Rips finden Sie [hier](#).

CDU lehnt SPD-Angebot zur Zusammenarbeit beim Haushalt ab

Die CDU-Fraktion hat das Angebot der SPD-Fraktion zur stärkeren Zusammenarbeit bei der Sanierung des Haushaltes abgelehnt. Die SPD bedauert dies ausdrücklich. Jedem Verantwortlichen müsse eigentlich klar sein, dass nur ein enges Zusammenrücken aller Fraktionen im Rat die Chance biete, den Haushalt mittelfristig zu sanieren. Eine Sanierung der maroden städtischen Finanzen könne nur dann gelingen, wenn alle politischen Kräfte zukünftig zusammenarbeiteten, erklärte Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen. „Eine Partei alleine, eine nur auf eine oder zwei Stimmen gestützte Mehrheit sowie die rigorose Durchsetzung parteitaktischer Ziele einer Ratsmehrheit sind zum Scheitern verurteilt“, so Bohlen.

Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes nutzen

Die Mitglieder des Finanzausschusses haben in ihrer letzten Sitzung einstimmig einen Antrag der SPD-Fraktion verabschiedet, wonach die Verwaltung Projekte auflisten soll, die für eine Förderung durch die verschiedenen Konjunkturprogramme des Bundes und des Landes in Frage kommen. Dabei sollen nur Projekte vorgeschlagen werden, die ohnehin geplant sind und dazu führen, die maroden Finanzen der Stadt mittelfristig in den Griff zu bekommen.